

Hinblick auf Zukunftsfähigkeit – umakzentuiert werden. Gerechtigkeit muss transnational, im Endeffekt global definiert werden. Wenn man über Gerechtigkeit und ihre Realisierungschancen spricht, darf man nicht nur über Markt und Staat sprechen und beide gegeneinander ausspielen, sondern man muss das Terrain dazwischen, die selbstorganisierte Bürgergesellschaft, in den Blick nehmen, wo man den Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in die eigenen Hände nehmen kann, sofern die Rahmenbedingungen es erlauben. Die Rahmenbedingungen sind allerdings wichtig. Aus sozialdemokratischer Sicht geht es deshalb immer auch um das Problem der Zivilgesellschaftsfähigkeit,

die bekanntlich ungleich verteilt ist und gleicher verteilt sein sollte.

Es kommt darauf an, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit als Ziele so zu definieren, dass sie vereinbar werden und sich gegenseitig verstärken. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich, und zwar in einer Weise, die eine deutlich sozialdemokratische Handschrift trägt: ein Beitrag zum Allgemeinwohl und eine Chance für die SPD.



Jürgen Kocka (*1941)
ist Professor für Geschichte an der
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN und war
bis April 2007 Präsident des WIS-
SENSCHAFTSZENTRUMS BERLIN (WZB).
kocka@wzb.eu

Peter Grafe

Die aufgeschobene Erneuerung

Seit dreißig Jahren geht es mit der SPD langsam bergab, trotz Schröders Wahlerfolgen. Was der Partei nach Ansicht des langjährigen Beraters beim Parteivorstand fehlt, ist ein leidenschaftlicher Modernisierungsimpuls. Stattdessen tun die Programmacher so, als machten schicksalhafte Entwicklungen im Zuge der Globalisierung es leider notwendig, eher widerwillig ein paar Einschnitte vorzunehmen. Mithin liegt das größte Problem der SPD in der emotionalen Ablösung von den alten Sicherheitsversprechen und in der Hinwendung zu konzeptionell neuen Lösungen. Deshalb rät der Autor der Partei, sich konzeptionell und kommunikativ neu zu erfinden.

FORSA-Chef Güllner wies in vielen Beiträgen eindringlich darauf hin: Schaut man auf die absoluten Zahlen ihrer Wählerschaft, so befindet sich die SPD seit bald dreißig Jahren in einem langsamen aber stetigen Sinkflug. Zwar wurden in dieser Zeit jede Menge Erneuerungspapiere geschrieben, es gab begrenzte Reformversuche und reichlich öffentliche Ratschläge, doch all diese Bemühungen hatten keine nachhaltige Wirkung. In den letzten Wochen wurden demoskopisch neue Tiefststände erreicht.

Während der Oppositionsjahre bis 1998 konnte die SPD sich gegen Kohl der Illusion eines in sich stimmigen Weltbildes hingeben. Das wurde für die Sozialdemokraten an der Regierung schnell obsolet. Ohne theoretische und programmatische Klärung veränderte die konkrete sozialdemokratische Regierungspolitik den tradierten Ansatz in vielen Details – *changing by doing*. Schröder und Müntefering wollten nach dem internen Geschrei um das *Schröder-Blair-Papier* keine Metadebatten mehr, sondern eine Neuausrichtung durch

konkrete Regierungsbeschlüsse, die angesichts einer dramatischen Lage »alternativlos« sein sollten. So gab es keine Leitidee, mit der die Fülle der Einzelmaßnahmen und Entscheidungen in einen sozialdemokratisch profilierbaren Erklärungszusammenhang gebunden werden konnte. Debattiert wurde dennoch, und im Ergebnis verlor Schröder viele Wähler und Mitglieder.

Um ihre Regierungspolitik zu legitimieren, bezieht sich die SPD bislang auf unabwendbare Einflüsse von außen, namentlich auf die Globalisierung, die demografische und die technologische, auf gewissermaßen schicksalhafte Entwicklungen, die es leider notwendig machten, ein paar Einschnitte vorzunehmen, welche man doch eigentlich lieber vermieden hätte.

Das mag zur Begründung für aktuelles Regierungshandeln ausreichen, ein neues Programm müsste jedoch Antworten für die heute erforderlichen kollektiven Absicherungen individueller Risiken enthalten. Die können nur in einem methodischen Wechsel der Konzepte liegen: vom fürsorgenden zum aktivierenden und gewährleistenden Staat, von kompensatorischen Maßnahmen zu ordnungspolitischen Anreizen, von Reformen in den sozialen Netzen zur grundlegenden Neuentwicklung der sozialen Sicherung, von der klassischen Maßnahmenpolitik zum Impulsgeber gesellschaftlicher Dynamik.

»Wohlstand für alle« aus Arbeit und Eigentum – hier bei Erhard anzuknüpfen wäre für eine moderne Sozialdemokratie nicht falsch – und ein interessanter Unterschied zur CDU, die sich ja praktisch-politisch nicht wirklich an Erhard orientiert.

Alte Erwartungen, neue Perspektive

In den 2006 vorgelegten *Leitsätzen* war noch eine Defizitbeschreibung enthalten, die im Programmentwurf nicht mehr auftaucht. Es wurde bezweifelt, dass eine Gesellschaft, die sich hohe Sozialtransfers leistet, tatsächlich besonders sozial sei:

»Nun stößt der Sozialstaat, wie wir ihn bislang kennen, an seine Grenzen. (...) Er investiert zu wenig in die soziale Infrastruktur, mit der die aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft unterstützt wird.« Die öffentlichen Güter Bildung, Gesundheit und Sicherheit solle der Staat nicht mehr notwendig selbst bereitstellen, aber gewährleisten.

Das anzuerkennen scheint für die SPD ein zu großer Schritt, es fehlt zudem die konsequente Fortsetzung: Politisches Ziel müsste es nämlich sein, die Anzahl jener Bürgerinnen und Bürger zu verringern, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Aber die Auseinandersetzung mit dem bisher prägenden Umverteilungsansatz, von dem auch die rot-grüne Regierung sich nicht lösen konnte, fehlt bislang. So musste notwendiger Strukturwandel unterbleiben, die »Reformen« der Agenda-Politik liefen nicht auf ein neues Muster, sondern lediglich auf die Umkehr des alten hinaus: Wenn keine Zuwächse mehr zu verteilen sind, dann gibt es eben Einschränkungen. Passend dazu wurden die Probleme der Sozialsysteme vor allem in den fehlenden Einnahmen gesehen. Auf Strukturreformen und die Analyse falscher Anreize hat man sich nicht eingelassen.

Die größte Schwierigkeit der SPD liegt in der emotionalen Ablösung von den alten Sicherungsversprechen und in der Hinwendung zu konzeptionell neuen Lösungen. Der Weg zur Erneuerung wird von einer weitgehend sozialdemokratisierten Gesellschaft erschwert, die am alten Sozialstaat hängt. Der zeichnet sich *erstens* aus durch ein Gerechtigkeitsverständnis, das noch dem Konzept des fürsorgenden Staates entspricht, *zweitens* durch ein verteilungspolitisch definiertes Verständnis von Solidarität und *drittens* durch einen Freiheitsbegriff, der aus der Negation von Armut, Repression und Ausbeutung erwachsen ist.

Die SPD hätte also einen Prozess der Selbstaufklärung vor sich, der zugleich

auch ein allgemein gesellschaftlicher wäre. Das bedeutet: Sie müsste sich konzeptionell und kommunikativ neu erfinden und dabei ihre Geschichte sowie die emotionalen Erwartungen an soziale Politik in diese Erneuerung integrieren. Genau das wäre der Stoff für ein neues Programm.

Der Staat und insbesondere die Arbeits- und Sozialordnung müssten im Zentrum der Neuorientierung stehen, doch schon die Frage, was denn eigentlich nicht mehr funktioniert, ist umstritten. Bisher gibt es über den allgemeinen Krisenbefund hinaus – der nun auch noch von einer guten Konjunktur überdeckt wird – keinen internen Konsens über die Lage. Im Programmwurf bezieht man sich daher auch nicht systematisch auf ein neu geordnetes staatliches Handeln und vermeidet so eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Schwächen der bisherigen sozialpolitischen Konzepte und mit den vergeblichen Reformbemühungen der letzten zwanzig Jahre. Es gibt keine ausgearbeitete Vorstellung von der Zukunft materieller Grundsicherung in einer neuen Arbeits- und Sozialordnung oder von einem künftig tauglichen Steuersystem.

Ein erster Schritt in die unausweichliche Richtung ist durchaus zu erkennen: Der als neues Leitbild vorgestellte »vorsorgende Sozialstaat« deutet eine Neuausrichtung an. Das Kernversprechen jedoch erfolgt gemäß dem alten Muster: »Im Zentrum des Sozialstaats werden weiterhin staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen.« Damit bleibt man in dem Zwiespalt zwischen emotionalen Sicherungserwartungen und der Notwendigkeit einer methodischen Erneuerung verhaftet.

In Sachen sozialer Sicherheit werden einige Strukturveränderungen angedeutet, die sich jedoch vor allem auf die Einnahmequellen beziehen: weniger Beiträ-

ge, mehr Steuern. Sie rühren weder an mangelnder Effizienz und Effektivität, noch an den systemimmanenten falschen Anreizen. Im Konkreten werden lediglich Reparaturmaßnahmen beschrieben, keine grundlegenden Reformen, die doch immer wieder auch von Sozialdemokraten öffentlich gefordert werden.

Personalisierung statt Leitidee

Die sog. Volksparteien beherbergen zunehmend ein Konglomerat von Ab- und Ansichten ohne gemeinsamen Nenner. »Kontingenzt« wurde ein analytisch treffendes Stichwort, das einige strukturelle Schwierigkeiten auf einen zentralen Punkt bringt: Wenn allen nahezu alles möglich und morgen das Gestrige schon überholt ist, verlieren politische Profile ihre Kontur, sind einzelne Entscheidungen nicht mehr Symbol einer politischen Richtung. Um wieder Profil und Identität zu gewinnen, müsste die SPD eine Erzählung entwickeln, die nicht mehr die alte Polarität zwischen Arbeit und Kapital zum impliziten Fokus haben kann.

Ein neues Programm müsste die von der rot-grünen Regierung eingeleitete Reformpolitik konzeptionell aufarbeiten und sie mit einer sozialdemokratischen Perspektive versehen – als Wegbereitung für eine neu ausgerichtete sozialdemokratische Regierungsarbeit. Nötig ist eine Leitidee für die Zukunft Deutschlands und eine von der eigenen Rolle.

Hier kann man natürlich einwerfen (siehe Schröder und Steinmeier), eine solche Leitidee könne es gar nicht mehr geben, es gehe nicht mehr um Kriterien für richtige oder falsche Richtungsentscheidungen, sondern nur noch um bessere oder schlechtere Lösungen für aktuell drängende Probleme. Dieser Argumentation folgend müsste man allerdings auch kein Programm mehr schreiben. Wie man aber bei Schröder gesehen hat, war die Zustimmung für einen solchermaßen »pragmatischen« Politikansatz dauerhaft

prekär. Das war und wäre auch nicht mehr die SPD, wie im Programmprozess – für den man sich nun mal entschieden hat – angelegt. Doch auch mit ihrer traditionellen Semantik der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit gibt es für die SPD keine signifikant besseren Wahlergebnisse: Sie kann soziale Sicherung nicht neu erfinden, wenn sie bei ihren Wählern weiterhin jene alten Erwartungen weckt, die sie als Regierungspartei gar nicht mehr erfüllen kann. Setzt man diesen Zwiespalt fort, ist das auch ein Förderprogramm für DIE LINKE.

Die Vorschläge bleiben defensiv

Die SPD möchte eine friedliche Weltordnung, faire Globalisierung, Wohlstand durch Beschäftigung, Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft, soziale Teilhabe aller, nachhaltigen Fortschritt, Sicherheit und Orientierung im Wandel. Der Programmentwurf liest sich, als hätten diese Wünsche mit Politik nichts zu tun, als gehe es um einige Arbeiten im großen gesellschaftlichen Konsens und nicht um Interessen, Konflikte und die normative Basis von Regulierungen. Doch was können SPD und Regierung jetzt dafür tun? Was vermögen sie, damit Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich ist und die Bürger davon auch etwas haben? Die Antwort bleibt aus.

Natürlich ist von Globalisierung, von demografischer Entwicklung, von Arbeitslosigkeit, schwachem Wachstum, Staatsverschuldung, Bildungsmisere und vom zunehmenden Versagen der klassischen sozialpolitischen Instrumente die Rede, doch macht deren Behandlung als Einzelthemen noch keine Erzählung – auch wenn hier und da ein paar neue Einsichten und Instrumente Eingang finden. Offenbar sind die Autoren Gefangene der parteiinternen Abstimmung und daher überaus vorsichtig, was die Lagebeurteilung und die Erneuerungsperspektive angeht.

»Wir wollen die Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten... Das erfordert ein starkes und soziales Europa ebenso wie eine globale Verantwortungsgemeinschaft von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik«. Die Globalisierung gestalten ist ein wackerer Anspruch. Damit sind bei näherem Studium eine »neue internationale Finanzarchitektur«, soziale und ökologische Standards sowie eine Stärkung des vereinten Europa gemeint. Das ist alles nicht falsch, diese Vorschläge sind jedoch nachsorgend und vernachlässigen die Frage, was denn deutsche Politik tun kann, damit unser Land und seine Bürger nicht zu Verlierern der Globalisierung werden.

Der Verweis auf die internationale Ebene aber wird auch hier zu einer Art Beschwörungsformel, mit der Themen abgehakt werden, statt sich mit eigenen Handlungsmöglichkeiten im Lande, mit intelligenter Anpassung, mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer institutionellen Regulierungen und unseres politischen Systems zu befassen. Auf jeden Fall wäre dabei zwischen Prozessen zu unterscheiden, auf die staatliches Handeln Einfluss nehmen kann, und jenen, auf die man nur mehr oder weniger geschickt reagieren kann. Eine solche Unterscheidung nehmen die Autoren nicht vor, und das führt unweigerlich zu vagen Handlungsoptionen.

Eine gute Zukunft für Deutschland aufzeigen, vertraute Lebenslügen aufgeben, wieder mehr ungebundene Wähler locken und die internen Konflikte überstehen ist gewiss eine große und überaus schwierige Aufgabe. Zu beobachten, wie die SPD das anlegt, könnte also eine spannende Geschichte sein. Überraschungen sind aber nicht zu erwarten.



Peter Grafe (*1948)
lebt und arbeitet in Köln
und Berlin.